Der Friedens- und Konfliktforscher Dr. Wolfgang Sternstein hat an der Sommeraktion 1982 in Großengstingen teilgenommen und ausführlich seine Erfahrungen beschrieben sowie eine Analyse der Aktion vorgenommen. Er hat uns das Kapitel „Großengstingen“ aus seiner Autobiografie „Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“ zur Verfügung gestellt, wofür wir ihm herzlich danken. Für unsere Internetveröffentlichung untergliedern wir den Text in zwei Teile:
- Großengstingen I: Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung der Blockade
- Großengstingen II: Analyse der Aktion (siehe als PDF-Datei unter: Fazit der Aktion)

Großengstingen I: Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung der Blockade

Von Wolfgang Sternstein

Großengstingen ist ein Dorf auf der Hochfläche der Schwäbischen Alb, unweit der Stadt Reutlingen. Sechs Lance-Raketen sind hier in einem Atomwaffenlager nahe der Eberhard-Finckh-Kaserne stationiert. Sie tragen einen Sprengkopf mit der doppelten Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, Reichweite 120 Kilometer. Im Kriegsfall sollen sie an die Front im Osten vorverlegt und auf Ziele in der Tschechoslowakei und Polen abgefeuert werden.

Während des Kalten Krieges gab es dutzende solcher Lager mit insgesamt 7.000 Atomwaffen - Raketen, Fliegerbomben, Artilleriemunition - in einem großen Bogen von Bayern über Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Aus meinem Tagebuch

Wir sitzen auf der nassen Straße, das Bruchstück einer Styroporplatte unter dem Hintern, vor dem Behelfstor des „Sonderlagers Golf“, wie das Atomraketen-Depot verschleiernd genannt wird, und harren gespannt der Dinge, die da kommen sollen. Mit „wir“ sind etwa dreißig meist junge Frauen und Männer gemeint, die sich aus Protest gegen die geplante Stationierung neuer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles sowie aus Protest gegen die bereits in der Bundesrepublik stationierten Atomwaffen auf die Straße gesetzt haben. In der Nacht war ein heftiger Gewitterregen mit Blitz und Donner niedergegangen, so heftig, dass das Wasser durch die Zeltplane in das Innere drang und die Schlafsäcke durchfeuchtete. Doch nun klart es auf, die Sonne zeigt sich und beginnt die klammen Klamotten zu trocknen und die durchfrorenen Glieder zu wärmen.

Plötzlich der Ruf: „Sie kommen!“ Tatsächlich, in einem Kilometer Entfernung im weithin überschaubaren Gelände nähert sich in gemächlichem Tempo ein Fahrzeug-Lindwurm. Den „Kopf“ bilden zwei Bundeswehr-Lastwagen mit der Ablösung für die Wachmannschaft des Depots, den

„Leib“ ein Dutzend Polizeifahrzeuge. Die rollen langsam auf uns zu, die wir in fünf Reihen die Straße sperren. Ich fühle mich doch recht unbehaglich als siebzig Zentimeter hoher Zwerg angesichts der eisernen Kolosse. Unwillkürlich fragt man sich: Was passiert, wenn sie nicht anhalten? - Sie halten aber mit laufendem Motor an, nur wenige Meter vor der ersten Reihe.

Zwei dutzend Polizisten nähern sich unserer Gruppe. Sie sind uniformiert, tragen aber keine Helme oder Schlagstöcke. Die eine Hälfte trägt die Blockierer mit geübtem Griff von der Straße, die andere Hälfte bildet eine Sperrkette, um zu verhindern, dass sich die dreißig Personen starke Ersatzgruppe, die am Straßenrand bereitsteht, auf die Fahrbahn setzt.

Die Motoren der Lastwagen heulen auf, passieren das mittlerweile geöffnete Behelfstor und verschwinden hinter der Biegung der Straße im Wald. Nach einer Viertelstunde kehren sie zurück. Das Tor wird geöffnet. Davor sitzt die zweite Schicht, die bis dahin ruhig am Straßenrand gewartet hat. Auch sie wird geräumt und wie wir zu einigen abseits geparkten Polizeifahrzeugen gebracht, um dort fotografiert und identifiziert zu werden. Auf beiden Seiten lief die Aktion diszipliniert und routiniert ab.

Ich war glücklich und zufrieden, wie auch mein sechzehnjähriger Sohn Johannes, der dort seine erste Festnahme erlebte. Der Sonnabend war der letzte Tag einer einwöchigen Rund-um-die-Uhr-Blockade, der die Chance bot, festgenommen und wegen Nötigung angeklagt zu werden. Wäre ich nicht festgenommen worden, hätte ich die Blockade als persönlichen Misserfolg empfunden. Ich drang daher mit anderen Mitgliedern unserer Bezugsgruppe mit dem sinnreichen Namen “Keimling” darauf, die Blockadeschicht mit einer Gruppe zu tauschen, die schon einmal festgenommen worden war.

Die Initiatoren der Aktion

Mit der Großengstinger Blockade erreichte die gewaltlose Aktion in der Bundesrepublik eine neue Qualität. Das qualitativ Neue an ihr war nicht die Zielsetzung oder die Motivation, auch nicht die Methode oder die Organisation, es war ihre sorgfältige Vorbereitung, Durchführung und Auswertung. Sie kann in vieler Hinsicht als vorbildlich gelten.

Die Vorbereitung der Aktion lag in der Hand einer Gruppe Tübinger Studenten und Studentinnen. Sie leistete nicht nur eine zweijährige Vorarbeit am Standort, sie gab auch ein Handbuch heraus, das den Charakter der Aktion, ihre Ziele und das basisdemokratische Organisationskonzept erläuterte. Von Anfang an waren drei Tage gemeinsamer Vorbereitung auf die Aktion und drei Tage Auswertung nach der Aktion eingeplant, sodass sie insgesamt vierzehn Tage in Anspruch nahm.

Von herausragender Bedeutung war, dass die Teilnahme an der Aktion an zwei Bedingungen geknüpft wurde: Zugehörigkeit zu einer Bezugsgruppe und - für die Neulinge - Teilnahme an einem Training in gewaltloser Aktion. Ich hatte bereits an den gewaltlosen Aktionen in Brokdorf und Ramstein teilgenommen. Vergleicht man diese beiden Aktionen mit der Großengstingen-Blockade,

so wird der gewaltige „Sprung nach vorn“ deutlich, den die Friedensbewegung mit dieser Aktion machte.

Die Erfahrungen von Brokdorf und Ramstein verhalfen einigen Teilnehmern zu der Erkenntnis: so geht es nicht. Frank Schenker hatte daraus gelernt, es ist unerlässlich, am jeweiligen Wohnort Gruppen aufzubauen, die sich intensiv mit der Theorie und Praxis der gewaltlosen Aktion beschäftigen und hauptsächlich auf lokaler Ebene arbeiten, aber auch als Bezugsgruppen bei größeren Aktionen mitwirken. Auf diese Weise können die Voraussetzungen für das Funktionieren des Bezugsgruppenmodells wesentlich verbessert werden, da die Gruppenmitglieder sich kennen und aufeinander eingespielt sind. Frank gründeten die „Gewaltfreie Stuttgarter Gruppe“, die sich nach der berühmten Bundesgrenzschutzgruppe GSG 9, die im Herbst 1977 die Geiseln auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) befreit hatten, scherzhaft GSG 1 nannte. Sie beteiligte sich mit zweieinhalb Bezugsgruppen an der Blockade und stellte außerdem die Pressegruppe.

Die Vorgeschichte

Die Schwäbische Alb ist wegen ihrer mageren Böden und ihrer für eine landwirtschaftliche Nutzung ungünstigen Höhenlage mit militärischen Einrichtungen übersät. Die vorwiegend konservative, ländliche Albbevölkerung hat sich daran gewöhnt, ja sie profitiert davon, wie die Ortsansässigen im Pfälzer Wald und im Randgebiet zur DDR. Eine unvorbereitete, von außen aufgesetzte Aktion hätte sich unter diesen Umständen negativ auf die Bevölkerung ausgewirkt. „Da kommen die Berufsdemonstranten, die Kommunisten und die Chaoten aus der Stadt“, war ohnehin ein Kommentar, den man oft genug hören konnte.

Die Erfolgsaussichten einer gewaltlosen Widerstandkampagne sind am größten, wenn sie von den Bürgern vor Ort getragen wird. Da diese Bedingung nicht erfüllbar war, kam nur die zweitbeste Lösung in Frage: eine von langfristiger, sorgfältiger und geduldiger Aufklärungsarbeit begleitete Aktion von Auswärtigen. Nur wenn die Aktion in eine Vielzahl vorausgehender, begleitender und nachfolgender Veranstaltungen eingebettet wird, kann sie der örtlichen Bevölkerung vermittelt werden. Die Tübinger Friedensgruppe hatte sich zwei Jahre lang darum bemüht, durch kleinere und größere aufeinander aufbauende Veranstaltungen und Aktionen die Aufmerksamkeit der regionalen Öffentlichkeit auf die dort stationierten sechs Lance-Raketen zu lenken.

Im Rahmen dieser Kampagne fand Ostern 1981 ein Sternmarsch mit über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Kaserne statt. Ostern 1982 waren 500 Demonstranten mit Fahrrädern dorthin unterwegs. Im Sommer 1981 ketteten sich dreizehn Aktivisten vor dem Kasernentor an und harrten dort einen Tag und eine Nacht lang aus, ehe sie am folgenden Tag von der Polizei losgeschnitten und entfernt wurden. Vor Gericht wurden sie in erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz aber zu dreißig Tagessätzen Geldstrafe (300-800 DM) verurteilt. Angeregt durch die Ankettungsaktion versuchte eine Gruppe im Herbst regelmäßig, mit den Soldaten in Kontakt zu kommen, obwohl sich das als schwierig erwies.

Die Vorbereitungstreffen

Von großer Bedeutung für den Erfolg der Aktion waren die rund ein halbes Dutzend Vorbereitungstreffen in Tübingen, auf denen alle wichtigen und manchmal auch weniger wichtigen Einzelheiten von der Organisationsgruppe und den Vertretern der teilnehmenden Bezugsgruppen besprochen wurden. Eine Aktion mit 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorzubereiten und durchzuführen erforderte einen beträchtlichen Organisationsaufwand, der zum größten Teil von den Tübingern geleistet wurde.

Die Ergebnisse dieser Treffen wurden in fünf zum Teil umfänglichen Rundbriefen zusammengefasst, von denen wesentliche Teile später in ein Aktionshandbuch eingingen. Aber nicht nur die Aktion selbst erforderte eine intensive Vorarbeit, Zeltplätze mussten gefunden und angemeldet, sanitäre Anlagen und Großzelte gemietet und die Wasserversorgung geregelt werden. Neben der Blockade sollte ein umfangreiches Rahmenprogramm in Gestalt einer Friedenswoche mit Kulturveranstaltungen und Workshops angeboten werden. - Dichterlesungen, Theateraufführungen, Kabarett, Rockmusik, Filmabende, Diskussionen mit Politikern und Wissenschaftlern waren geplant und wurden zum größten Teil auch durchgeführt. Es gab einen evangelischen und einen katholischen Gottesdienst. Die Workshops beschäftigten sich, um nur einige Themen zu nennen, mit Sozialer Verteidigung, gewaltloser Aktion, Gandhi, Rechtsberatung usw.

Das war, wie sich in der Aktion zeigen sollte, des Guten entschieden zu viel. Neben den zeitraubenden Bezugsgruppen- und Sprecherratssitzungen, den Blockadeschichten und dem Alltag im Zeltdorf wurden so viele Veranstaltungen angeboten, dass sich ein interessierter Zeitgenosse oftmals am liebsten in drei Teile zerrissen hätte. Dadurch entstand eine nervenaufreibende Hektik. Die Bezugsgruppen wurden durch die Teilnahme ihrer Mitglieder an verschiedenen Veranstaltungen zerrissen. Es war ein ständiges Kommen und Gehen, sodass für gemeinsames Beisammensein, für Gespräche und gemeinsame Unternehmungen die Zeit fehlte.

Die Vorbereitung vor Ort

Die Blockade war als gewaltlose Aktion konzipiert. In den Vorbereitungstreffen hatte man sich auf folgende Minimaldefinition der Gewaltlosigkeit geeinigt: „*Gewaltfreiheit* bedeutet für uns: *Wir verzichten von unserer Seite aus absolut und prinzipiell auf körperverletzende Gewalt gegen Menschen.“* Inwieweit die etwa sechzig Gruppen, die aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten, diese Definition akzeptierten, lässt sich nicht genau feststellen. Nach meinem Eindruck haben sich viele Gruppen erst kurz vor der Aktion gebildet. Auch dürfte nur ein Teil davon ein Training absolviert haben. Nur so ist es zu erklären, dass sich an der Aktion auch Menschen beteiligten, die mit der Gewaltlosigkeit - was immer man darunter verstehen mag - rein gar nichts im Sinn hatten.

Am 28. Juli war es endlich soweit. Bei nasskaltem Wetter trafen die Gruppen, die zum Teil mit Fahrrädern anreisten, sofern sie nicht aus Berlin, Nürnberg oder München kamen, auf dem Traifelberg-Parkplatz hinter der Honauer Steige ein, wo sie auf die fünf bis zu dreißig Kilometer weit auseinanderliegenden Zeltplätze verteilt wurden.

Die drei Vorbereitungstage erwiesen sich als bitter nötig für die Einrichtung der Zeltplätze, die Erprobung der basisdemokratischen Strukturen, die Kontaktaufnahme mit Presse, Polizei, Bundeswehr und Bevölkerung.

Das basisdemokratische Konzept

Der Begriff Bezugsgruppe bezeichnet, wie wir schon wissen, eine Gruppe von fünf bis fünfzehn Personen, die sich gemeinsam auf die geplante Aktion vorbereiten, gemeinsam Entscheidungen treffen, in der Aktion gemeinsam handeln und anschließend die Folgen der Aktion in der Öffentlichkeit und vor Gericht gemeinsam tragen. Die Bezugsgruppe ist Teil des basisdemokratischen Modells, das sich bei gewaltlosen Aktionsgruppen großer Beliebtheit erfreut. Es wurde als Gegenkonzept zum Demokratiemodell, das auf der Mehrheitsregel und dem Repräsentationsprinzip beruht, entwickelt.

Das Bezugsgruppenkonzept versucht, dem Einzelnen in der Gruppe und der Gruppe im Verband ein Maximum an Mitsprache- und Mitwirkungsrechten einzuräumen. Es will Herrschaftsstrukturen ersetzen durch das Zusammenwirken gleichberechtigter Einzelner und Gruppen. Die Gruppen sollten alle sie betreffenden Fragen gemeinsam erörtern und entscheiden. Das System lässt deutlich anarchistische Einflüsse erkennen. Es soll von spanischen Anarchisten zum ersten Mal erprobt worden sein. Das für das System charakteristische Konsensverfahren bei der Willensbildung und Entscheidung findet sich aber auch bei den amerikanischen Quäkern. Die Bauplatzbesetzungen bei den Atomkraftwerken Seabrook und Diablo Canyon (USA) wurden von Bezugsgruppen getragen. Von dort wurde es nach Europa exportiert.

An die Stelle des Mehrheitsprinzips tritt das Konsensprinzip. Das heißt, es wird angestrebt, dass möglichst alle Mitglieder der Bezugsgruppe sich einig sind. Da sich das nur selten erreichen lässt, gibt es Zwischenlösungen. So lassen sich vier Stufen des Konsenses bzw. des Dissenses unterscheiden:

- *Konsens:* vorbehaltlose Zustimmung,
- *Bedenken:* trotzdem Teilnahme an der Aktion,
- *Starke Bedenken:* deshalb keine Teilnahme an der Aktion,
- *Veto:* Die Aktion kann nicht stattfinden, ehe das Veto nicht zurückgenommen wird.

Die Mitglieder einer Bezugsgruppe bestimmen aus ihrer Mitte die beiden Sprecher, die sie im *Sprecherrat* vertreten und einen *Beobachter*, der an der Aktion selbst nicht teilnimmt, sondern ein Protokoll anfertigt, Anwälte und Angehörige informiert, sich um liegengebliebene Sachen kümmert usw. Die Ergebnisse der Gruppensitzungen werden von einem *Protokollanten* in das Gruppenbuch eingetragen. In dieses Buch tragen die Sprecher auch die Ergebnisse der Sprecherratssitzungen ein. Auch kann die Bezugsgruppe weitere Funktionen (*Diskussionshelfer*, *Diskussionsbeobachter, Pressesprecher, Polizeisprecher* usw.) schaffen. Ein regelmäßiger Wechsel der Ämter wird angestrebt, um zu verhindern, dass sich Spezialisten oder Funktionäre herausbilden.

Die Sprecher der Bezugsgruppen bildeten in jedem der fünf Zeltdörfer einen Dorfsprecherrat, der täglich zweimal zusammentrat. Die Bezugsgruppe, der ich angehörte, entsandte jeweils zwei Mitglieder in den Dorfsprecherrat, von denen eines die Beschlüsse der Gruppe mitteilte, das andere die im Sprecherrat bekannt gegebenen Gruppenentscheidungen protokollierte. Bei der nächsten Sitzung übernahm der Protokollant der Sprecherfunktion und der Neue protokollierte. Der Dorfsprecherrat sollte kein Entscheidungsgremium sein, sondern lediglich der Bekanntgabe und Begründung der Gruppenentscheidungen, allenfalls der Erarbeitung von Kompromissvorschlägen, dienen. Das auf diese Weise vermittelte Meinungsbild sollte dann von den Sprechern in die Gruppen zurückgetragen werden, um dort erneut diskutiert und entschieden zu werden, wobei die anfängliche Entscheidung der Gruppe bestätigt, modifiziert oder annulliert werden konnte. Die Sprecher trugen die neue (oder alte) Gruppenentscheidung dann wieder in den Dorfsprecherrat usw.

Da es fünf Zeltdörfer gab, erwies es sich als notwendig, eine weitere Kommunikationsebene über den Dorfsprecherräten zu schaffen: den *Gesamtsprecherrat.* Dieser sollte aus zwei Vertretern je Dorfsprecherrat bestehen und lediglich dem Informationsaustausch dienen. Er sollte einmal täglich reihum in den Zeltdörfern tagen, um eine Zentralisierung im größten Zeltdorf (Erpfingen) zu vermeiden. Dieser Gesamtsprecherrat erhielt später den Namen *Kleiner Gesamtsprecherrat.*

An der ersten Sprecherratssitzung auf dem Erpfinger Zeltplatz nahmen jeweils zwei Mitglieder aller an der Aktion beteiligten Gruppen teil. Die Kompetenzen dieses *Großen Gesamtsprecherrats*, wie er später genannt wurde, waren jedoch eng begrenzt:

- Annahme oder Ablehnung des Grundkonzepts der Aktion,
- wesentliche Änderung des Aktionskonzepts, z.B. Übergang zu anderen Aktionsmethoden,
- Abbruch der Aktion.

Der große Gesamtsprecherrat war demzufolge so etwas wie eine “Verfassungsgebende Versammlung“ der “Freien Republik Großengstingen“. Er konnte auf Antrag eines Dorfsprecherrats einberufen werden, trat aber nur einmal - zu Beginn - zusammen, da eine wesentliche Änderung oder der Abbruch der Aktion nicht zur Debatte standen.

Grundlegend für das Bezugsgruppensystem ist der Gedanke, dass Entscheidungen möglichst von denen gefällt werden, die davon unmittelbar betroffen sind. So sollten die jeweils blockierenden Bezugsgruppen sich untereinander über ihr Vorgehen - im Rahmen des gewaltlosen Grundcharakters der Aktion - verständigen. Dadurch sollten einerseits die Sprecherratssitzungen entlastet werden, andererseits aber auch vermieden werden, dass einzelne Gruppen sich majorisiert fühlen.

Erste Konflikte

Ungeachtet der guten Vorbereitung und Organisation war es ein gewagtes Experiment, Gruppen aus der ganzen Republik, die man nicht näher kannte und die zumeist das basisdemokratische Modell nicht kannten, geschweige denn damit umgehen konnten, zu einer gewaltlosen Aktion dieser Grö-

ßenordnung einzuladen. Umso erstaunlicher, dass das Experiment dann doch im Wesentlichen gelang.

Schon die erste, noch recht informelle Sprecherratssitzung am Mittwochabend (29.7.82) machte die extremen Spannungen und Konflikte zwischen den Aktionsgruppen deutlich. Man kann sich die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft gar nicht bunt genug vorstellen. Sie reichte von entschiedenen Befürwortern der gewaltlosen Aktion bis zu ihren entschiedenen Gegnern, von ängstlichen Anfängern bis zu kampferprobten "alten Hasen", von konservativen Dörflern bis zu "Szenetypen" aus der Großstadt. Abgrundtiefes Misstrauen kochte hoch. Einige Sprecher warfen den Organisatoren vor, sie hätten sie für ein Konzept vereinnahmt, dem sie nie zugestimmt hätten. Alles sei durch die Organisationsgruppe vorentschieden worden. Es gab offensichtlich auch Gruppen, die aus diesem Grund von vornherein auf die Teilnahme verzichtet hatten, was sicherlich kein Fehler war.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, muss klargestellt werden, dass die Teilnehmer an der Blockade keineswegs alle überzeugte Anhänger der gewaltfreien Aktion oder des basisdemokratischen Modells waren. Ich schätze den Anteil der überzeugten Gewaltfreien auf 10-20 Prozent, wobei das kaum mehr als eine Vermutung ist. Auf der anderen Seite stand eine etwa gleich große Gruppe, die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht ausschließen mochte. Sie war nur unter Protest bereit, für die Dauer der Aktion auf Gewaltanwendung zu verzichten. Zwischen diesen beiden Extremen stand die zahlenmäßig vermutlich größte Gruppe derer, die Gewalt aus taktischen Gründen ablehnten.

Inwieweit während der Aktion Lernprozesse in der einen oder anderen Richtung abliefen, lässt sich schwer sagen. Allzu optimistisch im Hinblick auf Lernprozesse in Richtung auf Gewaltfreiheit bin ich nicht. Die Großengstinger Blockade bestätigt die Erfahrungsregel, dass sich Einstellungen nur schwer und über große Zeiträume hinweg verändern.

Offenheit

Der nächste Konflikt entzündete sich an der Frage der Offenheit der Aktion gegenüber Bundeswehr und Polizei. Ein Reutlinger Polizeioberrat hatte angefragt, ob er vor der Aktion ein Gespräch mit den Blockierern auf einem der Zeltplätze führen könne. Das wurde von einigen Teilnehmern entschieden abgelehnt, von anderen hingegen begrüßt. Drei Möglichkeiten standen zur Wahl:

- Gespräch ablehnen,
- eine Delegation wählen, die das Gespräch führt,
- das Gespräch im Info-Zelt führen, wie mit anderen Besuchern auch. Wer Interesse hat, kann sich beteiligen.

Nach längerer Diskussion einigte man sich auf die zuletzt genannte Möglichkeit. Das Gespräch mit Polizeioberrat Witt fand am Freitagnachmittag (30.7.1982) statt. Es verlief in offener, freundlicher Atmosphäre und war für beide Seiten nützlich. Der Beamte erschien in Begleitung eines älteren Kollegen. Er machte uns auf die Gesetzwidrigkeit der geplanten Aktion aufmerksam, meinte, der

Hauptzweck sei mit der Öffentlichkeitswirkung ja wohl erreicht. Im übrigen fühle sich die Reutlinger Polizei durch den normalen Dienst voll ausgelastet. Sie werde aber jede Blockiererin und jeden Blockierer, dessen Personalien sie feststelle, wegen Nötigung anzeigen. Er stellte klar, dass die Polizei außerhalb und die Bundeswehr innerhalb des Sperrbezirks zuständig sei.

Wir erwiderten, dass wir von der Legitimität der Aktion nach wie vor überzeugt seien. Auch würde man mit Recht an unserer Glaubwürdigkeit zweifeln, verzichteten wir auf die so lange vorbereitete und angekündigte Aktion. Wir bekräftigten noch einmal, dass von unserer Seite keine Gewalt ausgehen werde. Darauf die skeptische Feststellung: Man habe gestern mit dem Hubschrauber die Zeltplätze abgeflogen und dabei beobachtet, wie sich eine Gruppe offensichtlich mit langen Holzknüppeln auf Gewaltaktionen vorbereitet habe. Gelächter auf unserer Seite. Wir stellen klar, dass es sich um ein Rollenspiel gehandelt habe, bei dem die “Polizei“ den Schlagstock eingesetzt habe. “Na ja“, meinte einer unserer Gesprächspartner augenzwinkernd, “habt ihr die Länge der Schlagstöcke nicht arg übertrieben?“

Wie an der Frage der Offenheit gegenüber Polizei und Bundeswehr, entzündete sich auch an der Frage der Offenheit gegenüber spontanen Blockadeteilnehmern aus der Friedensbewegung ein heftiger Konflikt. Auch hier waren sämtliche Positionen, von der Öffnung der Blockade für “Herrn und Frau Maier“ bis zur völligen Abschließung gegenüber Neuankömmlingen aus Angst vor Provokateuren oder Agenten, vertreten.

Die Streitfrage wurde nie wirklich ausdiskutiert. Ich hielt die Prinzipienreiterei in diesem Fall für höchst unfruchtbar. Warum sollen nicht Leute aus der Friedensbewegung, die man kennt, spontan teilnehmen können sofern sich eine Bezugsgruppe findet, die bereit ist, sie aufzunehmen? Schwieriger wird es bei Leuten, die man nicht kennt. Ihre Teilnahme würde ich davon abhängig machen, ob sie eine Bezugsgruppe finden, die sie aufzunehmen bereit ist, und ein Training, das kurz vor oder während der Aktion angeboten wird, absolviert haben. Entschieden abraten würde ich hingegen von einer Öffnung der Blockade für jedermann und jedefrau. Dabei denke ich nicht nur an die Gefahr, die von Provokateuren oder Agenten ausgehen kann, sondern in erster Linie daran, dass spontane Teilnehmer oft gar nicht überblicken, worauf sie sich einlassen. Darüber sollten sie sich zunächst einmal Klarheit verschaffen.

Blockadevorbereitung

Der nächste Konflikt ließ nicht lange auf sich warten. Wie sollte die erste Blockade ablaufen? Noch wussten wir ja nicht, wie Polizei, Bundeswehr und die amerikanischen Soldaten, die die Raketensprengköpfe im “Ernstfall“ scharf machen würden, auf die Aktion reagieren. Folgende Vorschläge standen zur Diskussion:

- Die erste Blockadeschicht geht ohne Begleitung an den Blockadeort.
- Sie wird von zwei Beobachtern pro Bezugsgruppe begleitet.
- Sie wird von allen, die Interesse daran haben, begleitet.

Nach langen, ermüdenden Diskussionen in den Bezugsgruppen und im Sprecherrat, einigte man sich schließlich auf eine Auftaktveranstaltung (kurze Rede, Gedicht, Lieder) an der Haidkapelle in der Nähe der Kaserne und des Sonderlagers. Die Frage der Begleitung der ersten Blockadeschicht wurde, nachdem von verschiedenen Gruppen und Dorfsprecherräten ein Veto angedroht worden war, folgendermaßen "gelöst": Jede Gruppe soll sich so verhalten, wie sie es für richtig hält. Ein Formelkompromiss, wie ihn die so sehr verachteten Politiker nicht trefflicher hätten zustande bringen können!

Die Blockade

Die Ungeduld des Lesers, nun endlich etwas über die Blockade zu erfahren, entspricht durchaus der Ungeduld, mit der die Teilnehmer den Sonntag (1.8.82) erwarteten. Noch wussten wir ja nicht, würden Wasserwerfer, Schlagstöcke oder Tränengas eingesetzt, würden die Zeltplätze geräumt werden? Würde es möglich sein, die gewaltlose Disziplin aufrechtzuerhalten?

Die Blockade begann am Sonntag, den 1.8.82 um zwölf Uhr und endete am 8.8.82 um dreizehn Uhr, wobei die Räumungen der Blockaden im Prinzip so abliefen, wie eingangs geschildert. Blockiert wurde in Sechsstundenschichten. Eine Schicht bestand aus jeweils sechs Bezugsgruppen, von denen sich drei auf die Fahrbahn setzten, drei in Reserve bereitstanden oder den zurückkehrenden Konvoi blockierten.

Die erste von insgesamt siebzehn Räumungen erfolgte am Sonntagabend gegen 21 Uhr. Von den insgesamt 750 Blockadeteilnehmern wurden insgesamt 380 vorläufig festgenommen und, sofern sie sich nicht ausweisen konnten, erkennungsdienstlich behandelt. Die Polizei erstattete, daran ließ sie von Anfang an keinen Zweifel, Anzeige wegen Nötigung.

Die mit soviel Spannung erwarteten Räumungen vollzogen sich schon nach kurzem in einem immer gleich ablaufenden Ritual. Sie erfolgten in der Regel zwischen 11 und 12 Uhr sowie zwischen 17 und 18 Uhr. Diese Schichten galten daher als "heiße" Schichten.

Noch mehr Konflikte

Ein heftiger Streit entbrannte zwischen denen, die am ursprünglichen Konzept festhalten, und denen, die gewaltlos eskalieren wollten. Die Position der "Radikalen" formulierte Peter Aichelin in der Zeitschrift „graswurzelrevolution":

„Die Blockade sollte zwar nur symbolisch sein, aber für wen oder was, blieb unklar. Bereits am zweiten Tag war klar, wie Polizei und Bundeswehr reagierten und wie die Blockade weiterlaufen würde, nämlich auf niedrigster Eskalationsstufe, ohne Abtransport, ED-Misshandlung, Räumung nur, wenn Fahrzeuge durchwollten. An dieser Stelle wäre es notwendig gewesen, die Schwerpunkte neu zu setzen, z.B. versuchen, verschiedene Blockadeformen zu erproben (Anketten, Menschenteppich, Nacktblockade), um zu sehen, wie wir es der Staatsgewalt am schwersten machen, oder zahlenmäßig eskalieren, oder mehr Öffentlichkeitsarbeit, oder mit Polizei und Wehrpflichtigen spre-

chen. Nichts davon passierte, die Blockade lief einfach weiter und viele hatten das Gefühl, in der Luft zu hängen."

Die Position der "Gemäßigten" formulierte die Bezugsgruppe Ikarus aus Berlin: „Viele von uns werden schon jetzt ungeduldig und finden die Aktion zu wenig behindernd und radikal. Diese Gefühle sind verständlich, denn jedes Abgeräumtwerden erscheint uns - isoliert betrachtet - als scheinbare Niederlage und Schwäche. Sehen wir unsere Aktion jedoch im Gesamtzusammenhang, dann wird deutlich, dass unsere Geduld, Zähigkeit und Beharrlichkeit unsere Stärken sind, auch wenn die dabei notwendige Disziplin sehr schwer fällt.

Die von uns gewählte Aktionsform, eine gewaltlose Blockade, bedeutet von Anfang an, dass wir bei dieser Strategie keine Möglichkeit haben, Transporte real zu verhindern, sondern nur symbolisch behindern können. Ausgehend von unseren jetzigen Erfahrungen und Gefühlen sollten wir bei einer Diskussion über unsere Strategie unterscheiden zwischen dem, wie wir kurzfristig diese Aktion noch fantasievoller und wirkungsvoller machen können, und dem, was wir langfristig bei späteren Aktionen anders machen können. Wir halten es für wichtig, dass wir jetzt nicht in Hektik und unsinnige Ungeduld verfallen, denn wir wussten von vornherein, dass wir abgeräumt und uns wieder hinsetzen werden. Wir halten es für sinnvoller, so ‚langweilig' weiterzumachen wie bisher, als

- unsere Gemeinsamkeit,
- die Vermittelbarkeit unserer Aktion,
- unsere Ruhe,
- die Gewaltlosigkeit

zu verlieren oder aufs Spiel zu setzen. Denn auch wenn wir so weitermachen wie bisher, gibt es genug Wichtiges zu tun. Den schon jetzt erreichten Erfolg der Aktion können wir durch

- fantasievolle Aktionen in der Öffentlichkeit,
- bessere Verbreitung von Informationen,
- Ansprechen von Polizisten und Soldaten steigern."

Die Kontroverse macht noch einmal die unterschiedlichen Vorstellungen über den Sinn der Aktion deutlich. Die einen wollten es der Staatsgewalt möglichst schwer machen. Sie empfanden jede Räumung als Niederlage und wollten einen Sieg erringen, wobei nicht ganz klar war, worin dieser Sieg bestehen sollte: Darin, die Polizei zu härterem Vorgehen zu zwingen und sie damit als „Gewalttäter" zu entlarven, oder darin, ihr eine Duldung der Blockade abzuringen? Die anderen hingegen empfanden die Beharrlichkeit, Geduld und Ausdauer, mit der am ursprünglichen Konzept festgehalten und auf jede Eskalation verzichtet wurde, als Erfolg. Für sie war jede Räumung ein kleiner Sieg. Dass die Aktion damit für die Polizei und die Bundeswehr, aber auch für uns einschätzbar wurde, galt ihnen eher als Vorteil denn als Nachteil. Auf diese Weise konnte das für die gewaltfreie Aktion so wichtige Vertrauen zwischen den Konfliktbeteiligten wachsen. Der Kampf spielte sich für sie weniger auf der Straße als in den Köpfen und Herzen der Beteiligten ab.

Die Argumente der „Gemäßigten“ überzeugten mich bei weitem mehr als die der „Radikalen“. Schon die Blockade als solche war für die Mehrheit der örtlichen Bevölkerung eine Zumutung. Jede weitere Eskalation, zumal wenn es dabei zu Tätlichkeiten kam, konnte sich nur negativ für uns auswirken. Darüber hinaus gab es viele Aktionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, bei denen der Schritt zum bürgerlichen Ungehorsam und die Aussicht, festgenommen und zu einer Geldstrafe verurteilt zu werden, Unsicherheit und Angst auslöste. Auch war ihre Befürchtung, die Aktion könnte bei einer Eskalation außer Kontrolle geraten und in Gewaltanwendung von beiden Seiten ausarten, nicht ganz unbegründet. Einige klammerten sich sich jedoch so starr an das ursprünglich beschlossene Aktionskonzept, dass sie zunehmend unfähig wurden, auf Argumente einzugehen und flexibel zu reagieren.

Folgende Vorschläge zur Eskalation wurden gemacht:

- “Springergruppen“ sollten, nachdem die Blockade- und Reservegruppen abgeräumt worden waren, kurzfristig einspringen und die Blockade aufrechterhalten.
- Die Blockierer sollten versuchen, sich immer wieder vor die Fahrzeuge zu setzen.
- Die Blockadeschichten sollten zahlenmäßig verstärkt werden.
- Anketten, Anbinden, Menschenteppich, Nacktblockade.
- Zuhauselassen der Personalausweise, um eine ED-Behandlung und eine polizeiliche Vernehmung zu erzwingen.
- Gemeinsame Schlussblockade aller Bezugsgruppen, um das Depot für sechs Stunden völlig dicht zu machen.

Das starre Festhalten am ursprünglichen Aktionskonzept schien mir ebensowenig sinnvoll wie die Konfrontationsstrategie. Eines der Aktionsziele bestand ja darin, einer Regierung gegenüber, die bereit ist, im Fall eines Versagens der nuklearen Abschreckung die totale Vernichtung von Volk und Land in Kauf zu nehmen, massenhaften bürgerlichen Ungehorsam zu leisten. Um die Zahl der Festnahmen und Anzeigen zu erhöhen, waren einige Bezugsgruppen, die noch keine Räumung erlebt hatten, daran interessiert, die „heißen“ Schichten gegen Ende der Blockadewoche zu verstärken, um auf diese Weise in den „Genuss“ einer Räumung zu kommen. Das Wort „räumungsgeil“ machte die Runde. Das abzulehnen schien mir unbillig. Auch hielt ich eine gemeinsame Schlussblockade aller Bezugsgruppen am Sonntagnachmittag durchaus für diskutabel, um

- das Atomwaffenlager für sechs Stunden wirklich „dicht“ zu machen als Hinweis auf mögliche Eskalationsstufen im Fall einer Stationierung der neuen Raketen,
- der Öffentlichkeit optisch erfahrbar zu machen, wir sind viele und handeln gewaltlos,
- den Abschluss der Aktion gemeinsam zu begehen.

“Spaltungsversuche“

Es gab Anzeichen dafür, dass der Einsatzleiter die „Radikalen“ und die „Gemäßigten“ gegeneinander auszuspielen versuchte. Manch einer sah nun endlich sein Feindbild bestätigt und atmete erleichtert auf. Die Polizei, die Bundeswehr und die Herrschenden, so hieß es, haben nur ein Ziel: uns zu spalten, auszutricksen und fertig zu machen. Die moralische Empörung, die da zur Schau gestellt wurde, wirkte auf mich doch recht scheinheilig, zumal bei Leuten, die in der Wahl ihrer Mittel nicht gerade zimperlich waren.

Versetzen wir uns doch einmal in die Lage unserer politischen Gegner! Ihnen muss das, was wir tun, ja auch als Spaltungsversuch erscheinen. Wir wollen bei den Soldaten, den Polizisten und den Bürgern Denkprozesse auslösen, die möglicherweise eines Tages dahin führen, dass sie der Regierung in der Frage der atomaren Abschreckung den Gehorsam aufkündigen. Was uns als „Moralisierung“ erscheint, muss ihnen als „Demoralisierung“ erscheinen, als Untergrabung der Staatsautorität und als Wehrkraftzersetzung. Umgekehrt muss das, was der politischen Führung als „Moralisierung“ erscheint, nämlich Beamte und Soldaten zu gehorsamen Befehlsempfängern und -ausführern zu erziehen, uns als „Demoralisierung“ erscheinen. Es wäre gut, wenn beide Seiten sich das klarmachten, ehe sie anfangen, sich moralisch über die „Spaltungsversuche“ der jeweils anderen Seite zu empören.

Die Schlussblockade

Wie die Schlussblockade im einzelnen aussehen sollte, beschäftigte zahllose Bezugsgruppen-, Dorfsprecherrats- und Gesamtsprecherratssitzungen. Eine Vielzahl von Vorschlägen wurde entwickelt, angenommen, von anderen Sprecherräten wieder verworfen, erneut zur Diskussion gestellt und wieder verworfen. Eine eigens für die Planung der Schlussveranstaltung eingerichtete Arbeitsgruppe legte einen meines Erachtens sehr vernünftigen Plan vor, der unterschiedliche Interessen berücksichtigte. Er wurde jedoch mit leichter Hand im Gesamtsprecherrat vom Tisch gewischt.

Eine wahre Lawine von Vorschlägen und Ideen für die Schlussveranstaltung rollte an. Sämtliche Vorschläge mussten, da die Sprecherräte ja keine Entscheidungsbefugnis besaßen, wieder in den Gruppen diskutiert werden. Am Ende wusste kaum noch einer , welche Vorschläge bereits angenommen, welche verworfen waren und welche sich in welchem Stadium der Diskussion befanden. Ein extremer Zeitdruck machte sich bemerkbar, da der Sonntag partout nicht darauf warten wollte, bis der basisdemokratische Willensbildungsprozess endlich zu einem Ergebnis geführt hatte. Um das beinahe perfekte Chaos um die Schlussveranstaltung ein wenig zu veranschaulichen, seien die wichtigsten Vorschläge hier genannt:

- ein rundes dutzend Vorschläge zum Termin und zur Dauer der Schlussveranstaltung;
- fantasievolle Aktionen (Umweben des Stacheldrahts mit Wollfäden, Schweigestunde, Schweigeviertelstunde, Umschreiten des Depots, Menschenkette um das Lager, um durch Lärm und lautes Geschrei die „Mauern von Jericho“ zum Einsturz zu bringen);

- ‚Die-in' (nach Sirenensignal oder anschwellendem Summen fallen die Menschen zu Boden. Nach einer Weile steht einer auf und zeichnet den „Todesschatten" eines Liegenden mit Kreide auf die Straße; dieser erhebt sich und malt ebenfalls „Todesschatten", bis alle wieder „zum Leben erweckt" sind);
- Friedensnetz (ein Netz aus Stoffresten wird, an zwei Holzpfählen befestigt, über die Straße gespannt);
- Straßentheater, Büchertisch und Friedenscafe für Besucher;
- Aufstellen einer drei Meter hohen Atombombenattrappe vor der Absperrung, auf die Straße gemalte Parolen, Transparente usw.
- keine/eine räumliche Trennung von Blockade und fantasievollen Aktionen (fünfzig Meter Abstand, fantasievolle Aktionen vor der etwa einen Kilometer entfernten Kaserne) usw.

Die Sprecherratssitzungen wurden immer länger, angespannter und aggressionsgeladener. Diskussionen wurden abgeblockt, „nur noch Informationsaustausch!" wurde gefordert. Man drohte Vetos an. In der wachsenden Anspannung kam auch das Prinzip der Offenheit unter die Räder. Anfangs war - zumindest im Erpfinger Zeltdorf, dem ich angehörte - die Mehrheit der Bezugsgruppen der Meinung, Polizei und Bundeswehr sollten über den Ablauf der Schlussblockade informiert werden, allerdings erst, wenn feststehe, was gemacht werde. Als ich an Ende einer aggressionsgeladenen Sprecherratssitzung am Freitag - mittlerweile war klar, dass zumindest eine einstündige Schlussblockade stattfinden würde - fragte, wer Polizei und Bundeswehr benachrichtige, wurde mir vom Sprecher einer Berliner Bezugsgruppe entgegnet: „Das ist ja wohl das Allerletzte. Wir legen unsere Karten auf den Tisch, die Polizei denkt aber gar nicht daran, das Gleiche zu tun. Sie hat nur ein Ziel, uns auszutricksen und aufs Kreuz zu legen!" Keiner widersprach.

Dass die Schlussblockade dann doch einigermaßen glatt über die Bühne ging, muss nach dieser Vorgeschichte schon fast wie ein Wunder erscheinen. Was dann tatsächlich stattfand, entwickelte sich weitgehend spontan. Von 11-12 Uhr trafen die Bezugsgruppen aus den Dörfern am Blockadeort ein. Sie setzten sich im Abstand von jeweils fünf Metern auf die Straße. Von 12-13 Uhr gemeinsame Blockade, danach eine Viertelstunde Schweigen, dann anschwellendes Summen, gefolgt vom Kanon „Nach dieser Erde", dann einige Parolen und fantasievolle Aktionen.

Auswertungsphase

Nach Abschluss der Blockade ging zunächst einmal ein hörbares Aufatmen durch die Zeltdörfer. Der Stress und die Hektik der vergangenen Tage waren wohl an keiner und keinem spurlos vorübergegangen. Leider reisten einige Gruppen bereits am Sonntagabend ab und versäumten deshalb die für die ganze Aktion so entscheidend wichtige Auswertung.

Die dreitägige Auswertung sollte in drei Phasen ablaufen: Erste Phase: Auswertung in den Bezugsgruppen. Zweite Phase: Auswertung in den Sprecherräten sowie in zahlreichen Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Pressearbeit.
- Hat sich der Grundsatz der Gewaltlosigkeit bewährt?
- Welche Zielgruppen wollen wir ansprechen? Bedeutung der Aktionsform Blockade für die Friedensbewegung.
- Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung.
- Was lernen wir aus der Aktion für unsere weitere Arbeit?
- Nachtwache bzw. Soziale Verteidigung der Zeltdörfer.
- Hat sich das basisdemokratische Konzept bewährt?

Ich kann auf die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen nicht eingehen, zumal ich nur an der zuletzt genannten Gruppe teilnehmen konnte. Was ich dort lernte, ist teilweise in meine kritischen Bemerkungen zur Aktion eingegangen. Am dritten Tag standen als dritte Phase „Überlegungen und Planungen antimilitaristischer Aktionen im nächsten Jahr“ auf dem Programm.

Und schließlich soll das große Fest, das am Dienstagabend, dem Vortag der Abreise, auf dem Hausener Zeltplatz als freundlicher Abschluss der Aktion stattfand, nicht vergessen werden.

Fortsetzung siehe als PDF-Datei im Unterkapitel „Fazit der Aktion“: Wolfgang Sternstein: Großengstingen II: Analyse der Aktion.

Dieser Artikel ist entnommen aus:

Wolfgang Sternstein: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie. Vorwort: Horst-Eberhard Richter. - Norderstedt: Books of Demand 2005. **ISBN** 3-8334-2226-2. 488 Seiten, 50 Fotos. 28,- €.

Das Buch kann über den Buchhandel oder bei Wolfgang Sternstein bestellt werden (Bestelladresse: W. Sternstein, Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711-120 46 55, Fax: 0711-120 46 57, E-Mail: sternstein@uwi-ev.de - 28,- € + Versandkosten).

Dr. Wolfgang Sternstein ist Friedens- und Konfliktforscher. Er hat an zahlreichen gewaltlosen Aktionen teilgenommen, stand deswegen ein Dutzend Mal vor Gericht und war neunmal im Gefängnis. Wolfgang Sternstein ist Vorsitzender und Mitarbeiter des *Instituts für Umweltwissenschaft und Lebensrechte e.V.* (www.uwi-ev.de) und u.a. Mitglied von *Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.*. Weitere Artikel von und über Wolfgang Sternstein finden sich auf der Lebenshaus-Website bei dem Schwerpunkt „Gewalt, Gewaltfreiheit und Frieden“ unter: Sternstein, Wolfgang.